

**H**indenburgstraßen und -plätze gibt es zwar nicht wie Sand am Meer – aber immer noch zu viele: in nahezu sechzig deutschen Städten und Kleinstädten. Auf dem Gebiet der ehemaligen DDR oder in den nach 1945 polnisch gewordenen ehemals deutschen Regionen sucht man nach ihnen vergebens. Hier hat man sie nach dem Zweiten Weltkrieg abgeschafft, niemand kräht seither nach ihnen. Anders in Westdeutschland. Umbenennungen führen in der Regel zu Auseinandersetzungen, landen auf der langen Bank oder nehmen einen stillen Verlauf. So etwa in Stuttgart, wo die Schriftzüge auf der Fassade des ehemaligen Hindenburgbaus zwar von der Eigentümerin, der LBBW-Immobilien, gemäß einem Gemeinderatsbeschluss 2010 entfernt, Vorschläge aber, das Geschäftshaus nach einer Persönlichkeit wie Carl von Ossietzky, Willi Bleicher oder Clara Zetkin zu benennen, in den Wind geschlagen wurden. Im selben Jahr hat der Gemeinderat Paul von Hindenburg die ihm 1933 verliehene Ehrenbürgerwürde mit einer Gegenstimme der »Republikaner« aberkannt.

Wie eine Provinzposse liest sich der Streit um die Hindenburgstraße in Stuttgarts Nachbarstadt Esslingen. Statt einer Umbenennung will man eine Informationstafel aufstellen. Die beschämend vorgeschobene Erläuterung: Man wolle »die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte am Laufen halten«. Die Bewohner hätten nach einer Umbenennung ihre Adressen, Briefbögen, Visitenkarten etc. ändern müssen. Auch die Geschäftsleute wären betroffen: »Wir hätten«, so der Metzger Rainer Mayer an der Ecke zur Schondorfstraße, »alle Rechnungsvordrucke ändern müssen, den Internetauftritt, die Tragetaschen, das Firmenlogo, die Adressdateien, wir hätten umfirmieren müssen und vieles mehr.«

Republikanische Traditionspflege? Wozu? Kostet doch nur Geld. Das Hemd sitzt vielen Bürgern eben näher als der Rock. Wenn man bedenkt, dass die Straße erst Ende 1933, also von den Nazis, den Namen Hindenburgs bekam – zuvor hieß sie Klara- sowie Oberrössinger Heusteigstraße –, so muss man hinzufügen, dass die Esslinger wohl lieber an Nazibeschlüssen festhalten, als sich eines Besseren zu besinnen. Unklar ist bloß, welches Ausmaß der Schildbürgerstreik hat, gleich mehrere Hinweisschilder anzubringen. Die Argumentation wirkt hirnmissig. Man hält einen Mann aus diversen Gründen für »fragwürdig«, attestiert ihm, »ein aktiver Wegbereiter der nationalsozialistischen Gewalttätigkeiten« gewesen zu sein – gleichwohl will man ihn bzw. seinen Namen in der Stadt nicht missen.

Auch in Mainz finden inzwischen Bürger, vertreten durch die Ortsbeiratsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke, dass es Hindenburg nicht gebühre, den Namen der etwa 700 Meter langen Prachtstraße weiterhin zu tragen. Er gehöre, so die Ortsbeiratsin Clara Wörsdörfer, »als Steigbügelhalter Hitlers eindeutig nicht mehr zum Kreis derer, auf die wir uns traditionsbildend berufen sollten«. Recht hat sie, aber ein bloßer »Steigbügelhalter Hitlers« war Reichspräsident Hindenburg beileibe nicht. In Mainz musste 1916 die Bonifaziusstraße, die bis dahin an den Mainzer Bischof erinnert hatte, dem im Gefolge der Schlacht von Tannenberg propagierten Hindenburg-Mythos weichen.

Straßennamen können – nicht zuletzt wie im Falle Hindenburgs – Wut und Empörung wecken. Nicht unbedingt in erster Linie für Deutsche, die sich von ihm militärisch und politisch aufs Beste vertreten sahen und sehen. Anders betrachtet es Belgier oder Franzosen. Für sie gilt Hindenburg als Kriegsverbrecher und mit Ludendorff als hauptverantwortlich für Untaten, die denen der Nazifaschisten nicht gar so wenig nachstehen.

### Wer war Hindenburg?

Hindenburg, 1847 in Posen geboren, ist als Sohn eines preußischen Majors und Gutsbesitzers von Kindheit an nach kurzem Schulbesuch an diversen Kadettenanstalten ausgebildet worden. Als preußischer Leutnant nahm er 1866 an dem von Bismarck provozierten Krieg gegen Österreich, 1870/71 an dem gegen Frankreich teil. Äußerst konservativ gesinnt, wurde er 1897 zum General ernannt. Seit 1911 im Ruhestand, lebte er fortan in Hannover. Im August 1914 als Oberbefehlshaber einer deutschen Armee im Osten reaktiviert, siegte er mit seinen von

Stabschef Erich Ludendorff geleiteten Truppen in der Schlacht von Tannenberg. Wilhelm II. ernannte ihn im November 1914 zum Oberbefehlshaber Ost und zum Generalfeldmarschall. Die Begeisterung für das vermeintliche »Wunder« von Tannenberg diente nicht zuletzt dem Zweck, das Debakel der Marne-Schlacht im Westen von Ende September vergessen zu machen, nach der der Krieg im Grunde verloren bzw. nicht mehr zu gewinnen war. Gleichwohl ließ Hindenburg sich fortan gern als »Retter Ostpreußens« und »größter Feldherr« feiern, obwohl er während der von Ludendorff geführten Schlacht geschlafen hatte. 1915 errichteten die beiden in den okkupierten Ostgebieten den Militärstaat Ober Ost, dessen Bevölkerung sie unterdrückten, geplünderten und zur Zwangsarbeit nach Deutschland verfrachten ließen.

Zugleich waren beide verantwortlich für zahlreiche deutsche Kriegsverbrechen in den Jahren 1916–1918, nachzulesen bei Till Zimmermann in dem von ihm und Nikolas Dörr herausgegebenen Band »Gesichter des Bösen – Verbrechen und Verbrecher des 20. Jahrhunderts«. Dazu gehörten die Durchsetzung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges, die Verschleppung von Zehntausenden belgischen Zwangsarbeitern nach Deutschland, der Einsatz

unbesiegten Heer« den Garaus gemacht haben sollte. Zugleich unterstützte er die Propaganda von der Unschuld des Kaiserreichs an der Entfesselung des Weltkrieges und erschwerte auch damit der Weimarer Republik eine von militaristisch-nationalistischen Verschwörungstheorien unbelastete Entwicklung.

Die Politik der »verbrannten Erde« beim Rückzug der deutschen Armee in den Jahren 1917 und 1918 in Frankreich sowie in Belgien führte zu den »Kriegsverbrechen«-Paragrafen 227 bis 230 des Versailler Vertrags und zu einem erfolglos gebliebenen Auslieferungsbegehren der Alliierten u. a. von Hindenburg, Ludendorff und dem bayerischen Kronprinzen Rupprecht. Von den Rechtsparteien zur Kandidatur gedrängt, gewann Hindenburg 1925 die Wahl zum Reichspräsidenten. 1927, bei der Einweihung des Reichsehrenmals Tannenberg – ein »Geschenk des deutschen Volkes« zu seinem 80. Geburtstag –, ließ er es zu, dass die jüdischen Frontkämpferverbände und das sozialdemokratisch dominierte Reichsbanner nicht teilnehmen durften.

1932 – das Land befand sich in einer schweren politischen Krise – verhalfen ihm die demokratischen Parteien gegen den Kandidaten der Rechten,

# Hinter dem Zero ein Nero

Deutsche Erinnerungskultur: Plädoyer für die Namensänderung von Straßen und Plätzen, die nach dem Kriegsverbrecher und Reichspräsidenten Paul von Hindenburg benannt sind. **Von Helmut Donat**

von Giftgas an der Westfront, die unverhältnismäßigen Bombardements von Städten (Paris und London), die Deportation französischer Zivilisten in Konzentrationslager, die systematische Zerstörung und Entvölkerung von Teilen Nordfrankreichs beim Rückzug der Deutschen auf die »Siegfriedlinie« bzw. »Siegfried«-Stellung im Frühjahr 1917, eine im Spätherbst von Hindenburg und Ludendorff beschlossene »Frontbegradigung« im Westen (auch »Alberichbewegung« genannt, hinter der sich die Umwandlung eines etwa 1.800 Quadratkilometer umfassenden Geländestreifens in eine tote, öde Wüste bei gleichzeitigem Abtransport der Bewohner dieses Gebiets verbarg), sowie die mutwillige, im Herbst 1918 und wenige Wochen vor Ende des Krieges auf dem Rückzug der deutschen Truppen von der Obersten Heeresleitung (OHL) angeordnete Flutung von Kohlebergwerken, die planmäßige Zerstörung von Industrieanlagen, Bahnverbindungen und Obstplantagen. Von Wilhelm II. unbehelligt, errichteten Hindenburg/Ludendorff zudem in Deutschland eine De-facto-Militärdiktatur; innenpolitisch gleichsam den totalen Krieg durchsetzend (Hindenburg-Programm), verursachten sie durch die unnötige Verlängerung des Völkermordens den Hungertod Hunderttausender deutscher Zivilisten.

Hindenburg, wie es manche, vor allem jüngere Militärs oder Linksinтеллекuelle taten, als eine Art »Trottel« oder »Weihnachtsmann« abzuqualifizieren, wäre zu billig und wohl auch ungerecht. Als Militär keineswegs ein Fehlgriff, war sein Stabschef der überragende Stratege. Ohne Hindenburgs Ruhe und seine Nervenstärke hätte Ludendorff nie so frei walten und schalten können. Hindenburg ließ ihn gewähren und war daher in hohem Maße mitverantwortlich für dessen Anordnungen.

### Korrupt und antidemokratisch

Obwohl die OHL durch eigene Fehlentscheidungen die militärische Niederlage Deutschlands siegelt und Ende 1918 selbst auf die Kapitulation gedrängt hatte, propagierte der 1919 pensionierte Hindenburg alsbald die perfide Lüge vom Dolchstoß in den Rücken des Heeres, der dem »im Felde

Adolf Hitler, zur Wiederwahl. Kurz darauf entließ Hindenburg, stets zutiefst antidemokratisch gesinnt, den Reichskanzler Heinrich Brüning, um statt seiner eine Rechtsregierung ins Amt zu bringen. Die Gründe dafür hingen mit der von Hindenburg ins Leben gerufenen und von ihm in besonderer Weise geförderten »Osthilfe« zusammen, dem größten Subventionsprogramm der Weimarer Republik, das hauptsächlich den ostelbischen Großgrundbesitzern zugutekam und sie in die Lage versetzen sollte, ihre wirtschaftlich marode Lage zu überwinden, während das Volk unter den Lasten der Weltwirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit litt.

Im Januar 1933 begannen Presse und Öffentlichkeit, sich in wachsendem Maße mit der »Osthilfe« zu beschäftigen. Ein Ausschuss des Reichstags ging Hinweisen auf betrügerische Machenschaften nach. Die Aufdeckung der Missstände musste Hindenburg, den »Vater« der »Osthilfe«, früher oder später in Verfall bringen. Doch nicht nur ihn. Nach einem Bericht der Presse soll selbst ein Mitglied der Hohenzollern-Familie in die Affäre verwickelt gewesen sein. Was aber spielte sich fortan hinter den Kulissen ab? Drohte Hindenburg sein Amt zu verlieren? Wie reagierten die Nutznießer der »Osthilfe«, die ostelbischen Großgrundbesitzer und preußischen Junker?

In seinem jüngst erschienenen Buch »Der Skandal« hat der Historiker Dieter Hoffmann diese und weitere Fragen beantwortet und nachgewiesen, dass viele Großgrundbesitzer die Subventionen für private Zwecke missbraucht hatten. Zudem hat er unbekannte Quellen ausgewertet sowie auf die auf genauen Beobachtungen beruhenden Schlussfolgerungen von Zeitgenossen sowie von Journalisten, Schriftstellern und Historikern zurückgegriffen. Zwar fand er keine schriftlichen Zeugnisse über die getroffenen Absprachen und Entscheidungen – offenbar haben die Beteiligten alles getan, um keine Spuren zu hinterlassen –, doch ist die von ihm verknüpfte Indizienkette so schlüssig, dass sie sich nicht einfach als konstruiert abtun lässt.

Zeitungsbereichte warfen dem Reichspräsidenten ein Eingreifen in Verfahren zur Entschuldung und zur Subventionsvergabe vor, indem Bekannte



**Ausgedient. Nicht überall, aber gelegentlich wie hier in Müns**  
Reichspräsidenten vorzunehmen. Doch dazu kommt es in die

und Verwandte Hindenburgs bevorzugt behandelt worden waren. Dieser musste als Teil des Skandals mit weiteren Enthüllungen rechnen. Aus Sicht der ostelbischen Großgrundbesitzer wie auch Hindenburgs war alles zu tun, den Schaden abzuwenden. Über Elard von Oldenburg-Januschau, Gutsnachbar von Hindenburg, und den Reichslandbund, ihrem Interessenvertreter, übten sie Druck auf den Reichspräsidenten aus. Ohne Bruch der Verfassung gab es aber keine Möglichkeit, der Presse oder dem Untersuchungsausschuss beizukommen. Den Ausweg sah Hindenburg in einem Bündnis mit der Massenbewegung der Nazis, die die Straßen beherrschte und seit langem darauf aus war, die Republik abzuschaffen. Hitlers Gegenleistung bestand darin, den Skandal niederzuschlagen. Dass Preußentum und Faschismus eine Verbindung eingingen, war so außergewöhnlich nicht, flüchten doch wichtige Elemente der nazistischen Weltanschauung auf der militärischen Tradition des alten Preußentums (Uniformierung, Autoritätsglauben, Kadavergehorsam, Verherrlichung des Soldaten- und Kriegerturns, Denken in Gewaltkategorien).

### Bock zum Gärtner

Indem Hindenburg Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannte, rettete er sich selbst und gab die letzten Restbestände der Republik der Diktatur preis. Hiermit und durch den Erlass einer Notstandsverordnung zur Außerkräftsetzung der Grundrechte (Reichstagsbrandverordnung) leitete Hindenburg das Ende der Demokratie und den Beginn der Naziherrschaft ein. Er wusste genau, was er tat, als er Hitler zum Reichskanzler ernannte, hatte er ihn doch noch wenige Monate zuvor als Emporkömmling abgelehnt und ihm die Erteilung präsidialer Vollmachten verweigert, weil dies sich »zwangsläufig zu einer Parteidiktatur mit allen ihren Folgen (...) entwickeln würde«.

Die etablierte deutsche Geschichtsschreibung hat kein Interesse, diese Sachverhalte aufzudecken. Sie weigert sich, Hindenburgs Rolle im